



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/234

7. Oktober 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Bundespolizei - Länderpolizei	S.1
SPD gegen Atlantik-Pakt	S.2
Um das neue "asiatische Gleichgewicht"	
- Bericht aus New York -	S.3
FDJ will weiter wählen	S.5

Bundespolizei - Länderpolizei

-off. Die Frage, wie künftig die Polizei in den Rahmen der Deutschen Bundesrepublik eingebaut werden soll, ist heute besonders aktuell. Sie muss, wenn nicht sofort, so doch in naher Zeit gelöst werden. Für den Laien scheinen die Voraussetzungen und Zusammenhänge im Augenblick noch einigermaßen verworren. Wie stellt sich zur Zeit die Situation dar?

Das Tagungsergebnis der am vergangenen Wochenende unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers und "in Anwesenheit" des Innenministers Heine- mann konferierenden Ministerpräsidenten und Innenminister der zwölf Länder der Bundesrepublik mag äusserlich betrachtet als ein Ablassen des Kanzlers von seinen ursprünglich recht weitgehenden Forderungen in der Frage der Polizeiverstärkung und ihrer Organisation gedeutet werden können. Diese Deutung ist jedoch nur berechtigt, soweit sie sich auf den materiellen Inhalt des zwischen Bund und Ländern geplanten Staatsvertrages bezieht.

Berechtigt ist die von den Ländervertretern gewünschte und vom Bundeskanzler auf dem Petersberg zu vertretende Forderung nach Vereinheitlichung der Polizei in den drei Zonen und Schaffung klarer Weisungsbefugnisse der Landesinnenminister. Bei der Bereitschaftspolizei hatten die Ländervertreter gegen die vom Bundeskanzler geforderte und in den alliierten Empfehlungen auch zugestandene Zahl von "zunächst" 30.000 Mann Bedenken. Schon durch eine Beschränkung auf 20.000 Mann würde man mehr als 100 Millionen DM sparen. Entscheidend für die Festsetzung der ziffernmässigen Stärke wird sein, ob und in welchem Umfange eine Reorganisation der bestehenden Polizei zu einer Erhöhung der Einsatzkraft

und Beweglichkeit zu führen vermag. Ohne Kenntnis dieses Moments wird es für die eingesetzte Organisationskommission nicht möglich sein, rationale Vorschläge zu erarbeiten. Einfacher wird es für die Personalkommission sein, die Rahmenvorschriften über Einstellung, Ausbildung, Beförderung, Besoldung und Versorgung aufzustellen, da hierfür die Zahl nicht so ausschlaggebend und das Ergebnis sowohl in einem Staatsvertrag, als auch in einer Grundgesetzergänzung, die die Schaffung eines Polizeigesetzes zulässt, unterzubringen wäre.

Der Kanzler ist, und das kam unerwartet nach seinem undurchsichtigen Spiel mit Vertretern der Wehrmächts-Generalität, mit den Ministerpräsidenten durchaus der Meinung, dass auch die neu aufzustellende Polizei in der Länderkompetenz verbleiben solle. Die Bundeskompetenz sei durch Staatsvertrag mit den Ländern sicherzustellen und im übrigen scheint der Artikel 91 des Grundgesetzes, bei dessen Anwendung die gesamte Polizei dem Bunde zur Verfügung gestellt wird, dem Kanzler dafür recht zu sein. Nicht zuletzt die bereits gefallene bedenkliche Äusserung, dass schon heute die Voraussetzungen für die Anwendung des Artikels 91 gegeben seien, lässt den Staatsvertragsgedanken nicht nur als unpraktisch - soweit nicht überhaupt rechtlich unzulässig - sondern auch gefährlich erscheinen.

Warum nicht lieber das Grundgesetz in den zuständigen Artikeln ändern bzw. ergänzen und damit eine saubere Handhabung der Wahrnehmung berechtigter Bundesinteressen garantieren? Der Kanzler weiss, dass er im Bundestag dafür die erforderliche 2/3 Mehrheit bekommen würde. Er muss allerdings auch wissen, dass die Verfügung des Bundes über die Bereitschaftspolizei der Länder (etwa als 1. Stufe) und die gesamte Polizei (als 2. Stufe) in den revidierten Grundgesetzartikeln dem Innenminister nur unter Mitwirkung einer parlamentarischen Kontrollinstanz zugestanden werden könnte.

So erfreulich der jetzt ausgesprochene Anschluss des Kanzlers an die von Dr. Schumacher zuerst und des öfteren geforderte scharfe Trennung des Polizeiproblems von jeder Remilitarisierung ist, so wünschenswert wäre, dass zur Ausschaltung eines möglichen Mißbrauches in kommenden Zeiten im und um den Artikel 91 eindeutige Festlegungen erfolgen. Die innere Sicherheit durch Bundeskompetenz ist im Grundgesetz ordentlich, klar und einwandfrei zu verankern, und zwar im Sinne der Zuständigkeit des Bundestages in dieser für die Bundesrepublik so fundamentalen Frage.

SPD gegen Mitgliedschaft im Atlantikpakt. (sp.) Die Basler "Nationalzeitung" hat den Vorsitzenden der SPD, Dr. Schumacher, die Behauptung in den Mund gelegt: "Für die deutsche Mitgliedschaft beim Atlantikpakt ist kein Preis zu hoch, um nicht bezahlt werden zu können".

Dazu stellt Dr. Schumacher fest: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat durch mich wiederholt feststellen lassen, dass wir uns angesichts unserer heutigen staatsrechtlichen Situation und der gegenwärtigen Form des Paktes gegen die Mitgliedschaft beim Atlantikpakt wenden. Eine solche Mitgliedschaft würde unter den heutigen Bedingungen keine Vorteile für Deutschland - oder Europa - bringen. Sie würde uns jedoch eine Fülle von Bindungen und Verpflichtungen auferlegen, die fremden und nicht unseren oder allgemein-europäischen Interessen nutzen.

Um das neue "asiatische Gleichgewicht"

Von unserem Korrespondenten in USA

H.Steinitz, New York

Mit relativer Befriedigung äussert man sich im Weissen Haus zur gegenwärtigen diplomatischen Lage. Dass der Krieg in Korea eine lokalisierte Episode bleiben konnte, hält man - wie die militärischen Leistungen der amerikanischen Truppen - auch der stillen Bedächtigkeit der amerikanischen Diplomatie zugute.

Freilich war Achesons Politik in den letzten Wochen ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Viele Leute glaubten ernsthaft an einen Eintritt Rot-Chinas in den Krieg, was eine grosse Katastrophe gewesen wäre, aber Achesons Versicherungen (auf dem Umweg über die indische Regierung an die Mao-Tse-Tung-Regierung in Peking gelangt), dass Amerika keinerlei expansionistische oder imperialistische Ziele in Korea oder Formosa verfolge, haben doch in Peking Eindruck gemacht und das Schlimmste verhütet. Gleichzeitig hat der schnelle Zusammenbruch der Armeen Nordkoreas offensichtlich der Moskauer Aggressionspolitik einen Dämpfer aufgesetzt, der sich im Augenblick deutlich auswirkt. Man will das jedenfalls am gegenwärtigen Auftreten der russischen Delegierten bei der UNO konstatieren. Ohne Zweifel hat man in Moskau begriffen, dass in Korea der Kreml eine ebenso schwere Niederlage und einen gleichen Prestigeverlust erlitten hat, wie vor zwei Jahren in Europa, nach dem Abbruch der Blockade Berlins.

Der militärische Sieg über den Bolschewismus in Südkorea besagt aber nicht, dass damit alle Probleme Ostasiens gelöst seien. Gerade eben erst hat man gesehen, dass Indien - die asiatische Großmacht Nummer Eins und berufener Sprecher der asiatischen Völker - dringend vor einer Überschreitung des 38. Breitengrades durch die Truppen McArthurs gewarnt und sich damit zur Mehrheit der UNO in einen gewissen Gegensatz gestellt hat: Indien wünscht zwar nicht den geschlagenen Machthabern von Nordkorea irgend einen Rest eigener Macht zu belassen, aber es möchte auch nicht Rot-China provozieren, und es nimmt an, dass beim Vorrücken McArthurs bis an die chinesisch-koreanische Grenze im Norden der Halbinsel leicht eine solche Provokation in Form eines Grenzzwischenfalles entstehen könnte - und Indien möchte Rot-China ja näher an die Gemeinschaft der übrigen Staaten heranführen, und nicht wieder aus dieser fort. Ohne Indien, oder gar gegen Indien, lässt sich aber eine Politik der Befriedung und Stabilisierung Asiens nicht durchführen.

Ein anderes, brennendes Problem ist Französisch-Indochina, wo es

sich freilich weniger um einen Frontabschnitt in der Auseinandersetzung zwischen Moskau und westlichen Demokratien, als zwischen dem jungen Nationalismus der kolonialen Völker und der weissen Kolonialmacht handelt. Beide Auseinandersetzungen sind von einander grundverschieden, auch wenn sie sich gelegentlich überschneiden. Es heisst sogar, viele asiatischen Völker und Politiker hätten eingesehen, dass die einzige wirklich aggressiv-imperialistische weisse Grossmacht von heute die Sowjetunion ist, von der den jungen Völkern Asiens viel mehr Gefahr droht als von den "alten" Kolonialmächten England und Frankreich. Einige dieser jungen asiatischen Staaten haben letzthin scharf gegen Sowjetunion und Kommunismus Front bezogen, so namentlich Indonesien und Burma, dessen Regierung jetzt erklärt, einen "demokratischen Sozialismus nach dem Vorbild der englischen Labour Party" anzustreben. Das sind recht wichtige strategische Zentren, die dem Sowjetimperialismus Schranken entgegen zu stellen wussten und heute, trotz zahlloser eigener innerer Schwierigkeiten, nützliche Elemente eines neuen asiatischen Gleichgewichtes geworden sind.

Ein weiteres Element des Gleichgewichtes, freilich nicht unbedingt der Beruhigung, wird sich ergeben, wenn der von Präsident Truman angekündigte Friedensvertrag mit Japan (ein Sonderfrieden, ohne Zuziehung Russlands und Chinas) unter Dach und Fach gebracht sein wird. Die Verstimmung Chinas, die darauf folgen muss, und zwar sowohl Tschiang-Kai-Scheks als auch Mao-Tse-Tungs, kann in Bezug auf den letzteren wieder ausgeglichen werden: der Sicherheitsrat der UNO hat beschlossen, einen Sprecher der Peking-Regierung im Rate anzuhören, wenn im November die Rechtslage und Zukunft der Insel Formosa besprochen werden wird - und damit hat sich Rot-China zum ersten Male, wenn auch vorerst nur durch ein Hintertürchen, den Zugang zur UNO und zur "grossen Welt" erkämpft. Die Amerikaner haben zwar dagegen gestimmt, ihre Ablehnung aber ausdrücklich nicht als Veto registriert. Das ist eine nicht zu verkennende Geste der Versöhnung gegenüber Rot-China - und Moskau mag darüber keineswegs erbaut sein, denn darin liegt für Mao-Tse-Tung eine Chance und ein Sprunghilfsbrett, aus der Obhut und Vormundschaft des Kremls zu entweichen.

- - - -

FDJ will weiter wählen

sp. Die Niederlage der FDJ am 1. Oktober hat zu unberechtigtem Jubel geführt. Die FDJ ist nämlich keineswegs überzeugt, dass sie eine Panne erlitten hat. In ihren führenden Kreisen argumentierte man bereits vor dem 1. Oktober mit dem Hinweis auf das Österreich nach 1933, als die von Hitlerdeutschland unterstützte österreichische nazistische Partei jahrelang den Staat in Unruhe hielt, nachdem Dollfuß im Februar 1934 ihren starken Gegner, die österreichische SP verboten hatte. Heute lautet die Konzeption folgendermassen: Die FDJ wird von jetzt ab keine Ruhe mehr geben, sondern immer neue Zwischenfälle und Unruhen herbeiführen, auf die - so rechnet man - die Polizei mit immer schärferen Mitteln reagieren wird. Ein Teil der Arbeiterschaft, so kalkuliert man weiter, werde mit den "verfolgten Sozialisten" sympathisieren und sich später sogar aktiv auf die Seite der KP stellen. Nach der Isolation der Polizei gegenüber einem Grossteil der Bevölkerung und in einem nur auf FDJ und Polizei beschränkten Konflikt, glaubt die KP, mit einem Sieg rechnen zu können. Als Zeitpunkt wird das Jahr 1952/53 in Aussicht genommen. Diese Taktik der KP darf nicht auf die leichte Achsel genommen werden. Die jüngsten Ereignisse zeigten nämlich, dass die jetzt in allen wichtigen Großstädten eingesetzten "Instruktoren" aus der Sowjetzone geschickte Arbeit leisten. In Bochum z.B., bei der Störung der Heuss-Kundgebung, wurden die FDJ-ruppen, die ja zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Stellen eintrafen, durch ein System von Posten so geschickt dirigiert, dass sie den Anschluss aneinander fanden. Erst im letzten Augenblick erfuhren sie dann, welche Aufgabe durchzuführen war.

Eine ähnliche Taktik wurde dann in den Großstädten des Ruhrgebiets am 1. Oktober angewandt. Da feste Aktionsleitungen wegen der polizeilichen Maßnahmen gefährdet erschienen, hielten sich die Leiter der Aktion an wechselnden Plätzen auf den Strassen auf, teils verkleidet, teils mit Brillen, die sie nicht nötig haben, maskiert. Diese Führer standen mit Postenketten in Verbindung, die über einige grosse Durchgangstrassen quer durch die Städte führten. Über diese Ketten erhielten dann die umherlaufenden Gruppen von FDJ-lern jeweils Anweisung, wo neue "Blitzdemonstrationen" durchgeführt werden sollten. Das System funktionierte keineswegs zuverlässig, da der Kommandoweg zu lang war und vielfach widersprechende Anweisungen hinausgingen. Es kann aber verbessert werden, und das wird zweifellos geschehen.

Bedauerlich ist dabei, dass in einigen Städten FDJ-ler die polizeilichen Aktionspläne gekannt haben. Verschiedene gesuchte Kommunisten konnten sich der Festnahme entziehen, da ihnen diese Absicht der Polizei vorher gemeldet worden war. So ist es wohl auch zu erklären, dass kaum ein "Instrukteur" aus dem Osten verhaftet werden konnte.

Es besteht also keineswegs Veranlassung, sich sicher zu fühlen. Die Pläne der KP können auch mit polizeilichen Aktionen allein nicht verhindert werden, sondern es ist eine Aktivierung der demokratischen Willensträger besonders der Arbeiterschaft notwendig, auf die ein erheblich grösseres Gewicht gelegt werden sollte, als das in einigen Gegenden zu geschehen scheint.

Am Sonnabend, dem 7. Oktober findet in Hannover, Odeonstr.15/16 die erste Sitzung der auf dem SPD-Parteitag in Hamburg neu gewählten Kontrollkommission der SPD statt. (Die Aufgaben der Kontrollkommission sind die Überprüfung der Geschäftsführung des SPD-Vorstandes). In einer konstituierenden Sitzung, die kürzlich erfolgte, wurde der bisherige Vorsitzende der Kontrollkommission, der hamburger Bürgerschaftspräsident Adolf Schönfelder, erneut zum Vorsitzenden gewählt.

X X X X

Am 7. und 8. Oktober findet in Bonn eine Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses der SPD unter dem Vorsitz des Bundestageabgeordneten Arno Hennig statt. Tagesordnung:

- 1.) Die auf dem Hamburger Parteitag dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesenen Anträge.
- 2.) Anregungen zur Winterarbeit in den Bezirken.
- 3.) Beteiligung am Aufsichtsrat einer deutsch-französischen Wochenschau.
- 4.) Wesen und Möglichkeiten der Unesco.

X X X X

Am 7. Oktober spricht Prof. Carlo Schmid um 18,00 Uhr in der Niedersachsenhalle über das Thema "Politik der Tatsachen".

X X X X

Am 8., 9. und 10. Oktober wird in Bielefeld eine Arbeitstagung der sozialdemokratischen Verleger stattfinden. Die Tagesordnung sieht ein Referat des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden, Erich Ollenhauer "Die politische Lage und die Aufgaben der sozialdemokratischen Presse", ein Referat des Verlagsleiters der "Freien Presse", Emil Gross, "Situationsbericht über das allgemeine Pressewesen" und ein Referat des Verlagsleiters der "Neuen Ruhrzeitung" "Das Versorgungswerk" sowie Referat und Aussprache über Pressedienstangelegenheiten etc. vor.

X X X X

Die SPD veranstaltet bis zum 15. Oktober in dem Gebiet entlang der Zonengrenze 10 grössere Kundgebungen. Im hiesigen Raum in Braunschweig, am Sonntag, dem 8. Oktober 9 Uhr, Zelthalle der Ausstellung Harz und Heide, Referent Carlo Schmid. Am 13. Oktober, 20,00 Uhr spricht in Peine Flüchtlingsminister Heinrich Albertz über das Thema "Es geht um die Freiheit" und am 14. Oktober 17,00 Uhr sprechen in Helmstedt der ehemalige Oberbürgermeister von Rostock, Albert Schulze und der frühere Minister von Sachsen-Anhalt Ernst Thape.

X X X X